

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 13 (1993)
Heft: 25

Artikel: Konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit : Rezessionen in der Schweiz seit den siebziger Jahren : ein Aufriss "keynesianischer" Probleme
Autor: Gaillard, Serge / Müller, Christoph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651731>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit

Rezessionen in der Schweiz seit den siebziger Jahren – ein Aufriss "keynesianischer" Probleme

Die "goldenen" Wachstumsjahre der 80er Jahre sind vorbei. Der Zustand der Weltwirtschaft hat sich gewandelt, und gewandelt haben sich auch die Fragestellungen in der Wirtschaftspolitik. Nur wenig verändert haben sich dagegen die wirtschaftspolitischen Leitlinien, obwohl die Wirtschaftspolitik durch die steigende Arbeitslosigkeit - und indirekt über die Problematik der Staatsfinanzen und die "Anreizstruktur" im Sozialwesen - in einem ihrer traditionellen Aufgabenbereiche gefordert ist. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums und die temporär rezessiven Phasen - bis vor einem halben Jahr in den USA und aktuell in Teilen von Europa und der Schweiz - haben zu negativen sozialen Auswirkungen, zur Ausgrenzung eines Teils der Bevölkerung geführt, die umso gravierender sind, als sie zu den schon bestehenden strukturellen Problemen hinzukommen. Die in Europa kaum oder nicht mehr steigende Beschäftigung verschlechterte die Arbeitsmarktlage. Die Arbeitslosigkeit, ein grober und oberflächlicher Indikator der verschärften sozialen Lage, erhöhte sich wieder auf über 10%. Damit erreicht die Arbeitslosenrate - wie im gesamten OECD-Raum auch - erneut etwa das Niveau, der Wachstumskrise zu Beginn der 80er Jahre. Hinzu kommt, dass die finanzielle Situation der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten durch die Sanierungsmassnahmen im Zuge der Begrenzung staatlicher Haushaltsdefizite zusätzlich verschlechtert wird. Die ungenügende und falsche Reaktion von seiten der Politik droht die Wirtschaftskrise zu verschärfen.

Der Tenor in den wirtschaftspolitischen Verlautbarungen ist überall derselbe: Die Ministerpräsidenten der Gruppe der Sieben (informelles Treffen unter den Regierungen der grössten Industrieländer) ebenso wie die schweizerischen Vorschläge zur "Revitalisierung" der Wirtschaft stellen Lösungsstrategien in den Vordergrund, die in der Tradition der "Angebotsökonomie" stehen; Nachfrageprogramme stellen allenfalls eine auf den politischen Konsens abzielende "Nachbesserung" dar. Die wirtschaftspolitischen Massnahmen bezwecken "Strukturverbesserung", d.h. Flexibilisierung und Effizienzsteigerung, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, Korrektur der angeblich falsch gesetzten Anreizstrukturen und Sanierung von heruntergewirtschafteten Bereichen. Die Vorschläge sind somit auf die Struktur der Wirtschaft ausgerichtet und zielen auf Strukturreformen ab. Damit wird auch unterstellt, dass die heutigen Probleme und insbesondere die Arbeitslosigkeit "struktureller Art" seien. Es ist nicht unerheblich festzustellen, dass auf die konjunkturelle Verschlechterung der Wirtschaftslage nicht entsprechend reagiert wird und jede Evozierung von Massnahmen, welche mit einer "Konjunktur- oder Stabilisierungspolitik" auch nur in Verbindung gebracht werden könnten, sorgfältig vermieden wird. Es hat

sich in der öffentlichen wirtschaftspolitischen Diskussion - und bis weit in die wirtschaftspolitischen Konzepte und in die theoretischen Analysen hinein - ein Tabubereich aufgebaut. Konjunkturpolitik kommt gewissermassen nur noch implizit vor, wie etwa dort, wo auf negative (aber zu lange bereitwillig hingenommene) konjunkturelle Wirkungen der Geldpolitik (in Deutschland und Europa) hingewiesen wird. Dort, wo wie in Japan ausnahmsweise Massnahmen zur Konjunkturstabilisierung vorgenommen werden, fungieren sie gewissermassen als Belohnung für die Schaffung von vorbildlichen flexibilitäts erhöhenden "Strukturen".

Gefordert werden Strukturreformen und "Sanierungen", meist verbunden mit der beruhigenden Feststellung, die langfristige Leistungsfähigkeit des wirtschaftlichen Systems damit verbessern zu können, unabhängig von der Frage, wie sie kurz- bis mittelfristig wirken und ob die konjunkturellen Probleme dadurch weiter verschärft werden. Sowohl von den Deregulierungsmassnahmen, welche in vielen Fällen einer Senkung der Realeinkommen gleichkommen, wie auch von den Sanierungen der öffentlichen Haushalte muss angenommen werden, dass deren Durchsetzung die aktuelle Wachstumsschwäche noch verstärken würde. In der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion, so wie sie im Umfeld der regierungsfähigen politischen Kräfte und Institutionen stattfindet, wird demnach der *gegenwärtige konjunkturelle Einbruch* im Prinzip *negiert*, respektive als systembedingte und unveränderliche Tatsache hingenommen, und darüber hinaus werden die gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen des eigenen Tuns und Lassens allenfalls in der Langfristperspektive thematisiert. Die langfristigen Zusammenhänge, so wie sie die "Konsensmeinung" der heutigen Ökonomen postuliert, können aber nicht als theoretisch und empirisch gesicherter gelten als die "alte" Makroökonomie - im Gegenteil. Dazu passt es sehr wohl, dass wirtschaftspolitische Institutionen wie die OECD und der Weltwährungsfonds in ihren Berichten als wesentliche Ursache des Konjunktureinbruchs zu Beginn dieses Jahrhunderts das *Ende der Preishausse* und den nachfolgenden Preissturz auf den Kapitalgütermärkten sehen (Aktien- und Immobilienpreise). Diese Phänomene auf den Kapitalmärkten gehen vorüber (Bubbles), und die von ihnen ausgelösten Effekte verschwinden ebenfalls ohne wirtschaftspolitisches Eingreifen (1).

Die Wirtschaftspolitik ist demnach in derselben Haltung verblieben, die sie Mitte der 70er Jahre einzunehmen begann, nämlich in einer Abwehr der "keynesianisch" orientierten Stabilisierungspolitik, welcher die Vorstellung der staatlichen Steuerbarkeit der Konjunktur zugrundelag.

Was zeichnet den gegenwärtigen Wachstumseinbruch aus?

Der gegenwärtige Wachstumseinbruch unterscheidet sich in einigen wesentlichen Merkmalen von der bisher tiefsten Krise Mitte der 70er Jahre, aber auch von der letzten Rezession zu Beginn der 80er Jahre.

a) Die rezessiven Tendenzen traten in den betroffenen Ländern nicht gleichzeitig auf. Unterschiede in der nationalen Wirtschaftspolitik und in

den Wirtschaftsstrukturen liessen die Entwicklung weniger synchron verlaufen als früher. Insbesondere in Europa herrschen infolge der deutschen "Vereinigung" und der parallel dazu sehr restriktiv gewordenen Geldpolitik besondere Verhältnisse. Während zuerst eine stark expansiv wirkende Fiskalpolitik in Westdeutschland und in denjenigen Märkten, die stark auf den deutschen Markt orientiert sind, zu einem Boom führte, betraf die restriktiv wirkende Geldpolitik alle Länder, welche dem Europäischen Währungssystem (EWS) angehörten, das heisst bis im September 1992 faktisch den ganzen EG-Raum. Mittlerweile haben sich England und Italien davon abgekoppelt, während Spanien die Auswirkungen durch die in mehreren Schritten erfolgte Abwertung dämpfte.

b) Es sprechen einige Anzeichen dafür, dass die Arbeitsmärkte rascher als früher auf den Wachstumseinbruch reagieren. Bisher ist man davon ausgegangen, dass zu Beginn der rezessiven Phasen die Beschäftigung vorläufig gehalten wird (labor hoarding) und erst nach einer gewissen Zeit die Anpassungen und Entlassungen erfolgen. Dies würde sich dadurch erklären, dass die Unternehmen so lange wie möglich versuchen, die bestehende Belegschaft zu halten, weil diese über ein arbeits- und betriebspezifisches Wissen verfügt, welches im Aufschwung die effizienteste und kostengünstigste Wiederausdehnung der Produktion gewährleistet. Über den konjunkturellen Zyklus betrachtet, könnte sich dies als rentabel herausstellen. Im Zuge der "schlanken Produktion", die unter anderem zum Zweck hat, das Konjunkturrisiko so weit wie möglich abzuwälzen, könnte es zu einer Veränderung des Verhaltensmusters gekommen sein. Hinzu kommt, dass in einigen Ländern sowohl die Lohn- wie die Mengenflexibilität, welche durch Arbeitsmarktgesetze und Tarifabschlüsse kanalisiert wird, in den letzten Jahren erhöht wurde. Dies hätte zur Folge, dass auch in Phasen schlechten oder negativen Wachstums die gesamtwirtschaftliche Produktivität ansteigen würde. Einige Indizien sprechen dafür; so das aktuelle Produktivitätswachstum in Europa und in den USA (2). Eine erste Bestätigung würde diese These dadurch erhalten, dass bei einem konjunkturellen Aufschwung die Beschäftigung dann auch wieder rasch steigt.

c) Die Inflationsraten waren zu Beginn des Wachstumseinbruchs bereits am Sinken. Die Inflationsrate im OECD-Raum erreichte ihren Höhepunkt in den frühen 70er Jahren mit Preissteigerungen von über 12% jährlich. Seither sinken die Inflationsraten. Auch in Europa, wo es in der Folge der zweiten Erdölpreiserhöhung zu einem nochmaligen Inflationsschub kam, sanken die Teuerungsraten im Jahresdurchschnitt im Verlauf des letzten Jahrzehntes ganz wesentlich. Die "Kultur" der Inflationierung oder eine (Preis-)Lohn-Preis-Spirale bildete sich im Aufschwung der 80er Jahre nicht aus. Dies ist nicht nur eine Frage der Inflations-"Kultur", sondern ging auch wesentlich darauf zurück, dass die Nachfragesteigerungen nicht übermässig hoch ausfielen. Zudem hatten die OECD-Länder seit nahezu fast zehn Jahren keinen Preisschock von der Rohstoffmärkten her zu absorbieren; der Erdölpreis sank, in realen Einheiten ausgedrückt, seit Anfang der 80er Jahre auf zwei Drittel seines Wertes.

d) Die Profitabilität hat sich vergleichsweise wenig bis gar nicht verschlechtert. Die Ertragsrate in den Industrieländern, wie sie von der OECD berechnet wird, mag als erster Indikator dazu dienen. Danach sank die Profitabilität auch 1991 nicht unter den längerfristigen Wert in den 80er Jahren. Ein ähnliches Bild ergeben die realen Lohnstückkosten. Diese haben sich im Aufschwung der 80er Jahre nicht zyklisch erhöht, sondern sind sogar noch gesunken. Der gestiegene Anteil der Nicht-Lohn-Einkommen am gesamtwirtschaftlichen Einkommen legt den Schluss nahe, dass sich die Einkommensverteilung zugunsten des Kapitals verschoben hat. Der Aufschwung wurde demnach nicht wie früher und vor allem in den späten 60er und frühen 70er Jahren zu einer Verbesserung des Anteils der Lohneinkommen genutzt. Die "Akkumulationsbedingungen" des Kapitals blieben somit nicht fundamental gestört, oder anders formuliert, die angebotsseitigen Wachstumsvoraussetzungen waren auch am Ende der guten Konjunktur nach wie vor vorhanden. Auch in der Wachstumskrise der letzten beiden Jahren dürfte der Rückgang der Profitabilität nur sehr gering ausgefallen sein.

e) Übererwartungen gehören zu den Merkmalen einer jeden guten Konjunktur. In der letzten Wachstumsphase haben sich die zu hohen Erwartungen vorwiegend auf die Preise von Vermögenswerten bezogen. Es wurde vorausgesetzt, dass sich die Gewinnsituation weiter verbessern würde und dass das höhere Gewinnwachstum auch aufrechterhalten werden könne. Die Gewinnerwartungen haben zum Investitionswachstum beigetragen und die produktiven Kapazitäten stiegen im Aufschwung deutlich an. Der Investitionsschub führte zu Überkapazitäten; diese fielen jedoch geringer aus als am Ende anderer Wachstumsphasen.

Die gegenwärtige Situation hätte somit in der Wirtschaftspolitik eine neue Variante des "Keynesianismus" begünstigen können, insofern als mit Keynes die Vorstellung verbunden wird, über staatliche Nachfrageschübe die Konjunktur zu beleben und damit den Arbeitsmarkt stimulieren zu können. Im Unterschied zu anderen Krisen und Wachstumseinbrüchen dominiert eine Nachfrageschwäche; staatliche Mehrnachfrage liefe nicht in die Gefahr, angebotsseitige Spannungen auszulösen und inflationär zu wirken oder die Gewinnlage zu verschlechtern.

Dritte Rezession innerhalb von zwanzig Jahren in der Schweiz

Die schweizerische Volkswirtschaft befindet sich seit drei Jahren in der Rezession. Die Zahlen, die von den verschiedenen Instituten zur Entwicklung des Bruttoinlandproduktes veröffentlicht werden, variieren zwar beträchtlich, es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Produktion in der Schweiz ab Herbst 1990 bis heute stagniert hat. Ähnlich wie in den frühen 70er Jahren ging auch dieser konjunkturellen Schwächeperiode eine Phase der konjunkturellen Überhitzung voran, in deren Verlauf in der Schweiz sehr viele Arbeitsplätze geschaffen wurden. Gemäss den Betriebszählungen 1985 und 1991 wurden in diesem Zeitraum 212'000 Vollzeit-

und 271'000 Teilzeitstellen geschaffen. Der damalige Mangel an Arbeitskräften hat zudem eine sehr starke Einwanderung in die Schweiz ausgelöst: In den Jahren 1989 - 1990 betrug der Einwanderungsüberschuss jährlich rund 60'000 Personen, was einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 1% entspricht.

Die konjunkturelle Wende wurde einerseits durch das seit Mitte 1990 merklich geringere Wachstum der Weltwirtschaft ausgelöst, zunächst in den angelsächsischen, später auch in den restlichen westeuropäischen Ländern. Andererseits hatte die seit Ende 1988 zunehmend *restriktive Geldpolitik* die Zinsen in die Höhe getrieben und 1990 die Baukrise eingeleitet.

Wie bereits Mitte der 70er Jahre, aber im Gegensatz zur Rezession zu Beginn der 80er, wurde die Bauwirtschaft in dieser Rezession sehr heftig vom konjunkturellen Einbruch getroffen. Dies ist in erster Linie auf den in der zweiten Hälfte der 80er Jahre erfolgten Bauboom zurückzuführen. Riesige Überkapazitäten wurden damals vor allem im gewerblichen Bau geschaffen. Die gewerblichen Bauinvestitionen nahmen 1985-89 jährlich real um über 8% zu. Der zweite Grund ist in den damaligen Spekulationsgeschäften zu suchen, welche die Boden- und Immobilienpreise auf ein Niveau hochtrieben, das längerfristig, insbesondere vor dem Hintergrund der ab Mitte 1989 erhöhten Zinsen, nicht haltbar war. Die *realen Bodenpreise* (bereinigt um die Teuerung) haben sich zwischen 1986 und 1990 mehr als verdoppelt. Der Zusammenbruch der Spekulation und die Zinssteigerungen haben die Bauwirtschaft in eine tiefe Krise gestürzt: Die Bautätigkeit hat seit dem konjunkturellen Wendepunkt bereits um mehr als 10% abgenommen. Die Beschäftigung hat in der Bauwirtschaft 1992 um 5.7% abgenommen (1991: -2.2%), für 1993 erwartet die Konjunkturforschungsstelle der ETH einen nochmaligen Abbau von 4%. Es muss hier nicht wiederholt werden, dass die Geldpolitik durch die 1987/88 sehr tiefen und ab Mitte 1989 sehr hohen Zinsen die zyklischen Bewegungen der Bautätigkeit wesentlich verstärkt hat.

Wegen der Ungleichzeitigkeit der weltwirtschaftlichen Konjunktur dauern die Schwierigkeiten in der Exportwirtschaft länger an als in den beiden vergangenen Rezessionen, dafür ist der Einbruch weniger tief. Überdurchschnittlich betroffen sind die konjunkturreagiblen Investitionsgüter. Insgesamt vermochten sich die Güterexporte aber im Vergleich zur misslichen Weltwirtschaftsentwicklung relativ gut halten: Nach einem Rückgang Mitte 1990 bis Mitte 1991 nahmen sie ein Jahr lang stark zu. Das im Jahresdurchschnitt 1992 günstige Ergebnis bei den Güterexporten von +4% kann angesichts der schwachen weltwirtschaftlichen Entwicklung als Zeichen einer intakten Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Exportwirtschaft interpretiert werden: Im langfristigen Durchschnitt nehmen die schweizerischen Exporte von Industriegütern jährlich um 1% weniger zu als im OECD-Durchschnitt, da Länder mit einer geringeren Produktivität ihren technologischen Rückstand aufholen und deshalb Marktanteile gewinnen. 1992 hingegen konnten die schweizerischen Exporte Schritt halten mit den Ausfuhren der OECD. Seit Mitte des letzten Jahres nimmt die Exporttätigkeit

allerdings deutlich ab, was auf die rapide Verschlechterung der europäischen Konjunktur zurückzuführen ist.

Die rückläufige Beschäftigung (schätzungsweise etwa -5% 1992/93) und die 1993 um rund 1.2% kleinere Kaufkraft der Löhne (3) - nach einer Zunahme um 1% im letzten Jahr - haben natürlich negative Folgen für die Konsumtätigkeit, die seit Beginn 1992 abnimmt. Und der Staat, der 1991 das Wachstum (unbeabsichtigt) noch mit einem (konjunkturbereinigten) Fiskalimpuls von 1.5% des Bruttoinlandprodukts gestützt hatte, trägt, wenn wir die Budgets der Sozialversicherungen in die Überlegungen miteinbeziehen, bereits dieses Jahr dazu bei, die Konjunktur durch eine zu schnell einsetzende Sparpolitik zu schwächen. Zwar weisen die Behörden und Finanzpolitiker gerne auf die sich in diesem Jahr weiter verschlechternden Rechnungsabschlüsse der öffentlichen Haushalte und der Arbeitslosenversicherung hin. Diese Defiziterhöhung ist jedoch geringer als die Summe der konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben. Das heisst, dass die Behörde, die die konjunkturell bedingte Verschlechterung der Rechnungsabschlüsse nur teilweise zulässt, mit ihrer zu rigorosen Sparpolitik die glättende Wirkung der sogenannten "automatischen Stabilisatoren" beeinträchtigt. Mit dieser Missachtung der einzigen unter Ökonomen unumstrittenen konjunkturpolitischen Regel senkt die öffentliche Hand, einschliesslich der Sozialversicherungen, gemäss den Berechnungen der Konjunkturforschungsstelle das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr um 0.8%.

Neu für die Schweiz ist nicht die Tiefe der Rezession - Mitte der 70er Jahre war ein Rückgang der Produktion um ca. 8% zu verkraften -, sondern die unerwartet starke Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Seit Beginn dieser Rezession hat die Arbeitslosigkeit schon um mehr als 120'000 Personen zugenommen und erreicht Rekordwerte für die Schweiz. Angesichts der seit bald drei Jahren stagnierenden Wirtschaftstätigkeit ist diese Entwicklung jedoch nicht erstaunlich, wie die folgende einfache Rechnung zeigt. In drei Jahren nimmt die Arbeitsproduktivität pro Arbeitsstunde um ca. 4.8% zu (Durchschnitt der 80er Jahre: 1.6% p.a.). Wegen der stagnierenden Produktion müsste also die Beschäftigung bis zu diesem Herbst um rund 4.8% abgenommen haben, wenn die Unternehmungen nicht Arbeitskräfte "horten". Das entspricht einer Beschäftigungsabnahme um etwa 180'000 Arbeitsplätze. Gemäss Erwerbstätigenstatistik und KOF-Prognose nimmt die Beschäftigung in den drei Jahren jedoch "nur" um 158'000 Personen ab. Ein Teil dieses Beschäftigungsabbaus (40'000) geht auf Kosten von Grenzgängern und Saisonniers (s. dritte Kolonne nebenstehende Tabelle). Gleichzeitig hat aber die Zahl der Personen, die arbeiten wollen (zu einem beträchtlichen Teil einwanderungsbedingt) um 112'000 Personen zugenommen. Das bedeutet, dass in den drei Jahren zwischen Mitte 1990 und 1993 *231'000 Personen mehr auf den Arbeitsmarkt drängen, als Arbeitsplätze angeboten werden*. Wenn wir annehmen, dass etwas mehr als die Hälfte dieser Personen (beispielsweise 60%) sich als arbeitslos melden und stempeln, dann nimmt die Arbeitslosigkeit um 142'000 Personen zu. Diese Berechnung zeigt deutlich: Nicht die Zunahme der Arbeitslo-

Der Arbeitsmarkt in den drei Rezessionen

Veränderungen in 1000 Personen innerhalb von 3 Jahren

	1975/76/77 ^A	1982/83/84 ^{B,C}	1991/92/93
Arbeitsmarktsituation			
Beschäftigungsabbau	-234	+48/-108	-158
Beschäftigungsabbau ohne Saisoniers und Grenzgänger	-128	+55/-101	-118
Zunahme Erwerbswillige ^D	-16	+120	+112
Arbeitsmarktungleichgewicht	112	64/221	231
Zunahme Arbeitslosigkeit	12	29	142
Ausländerpolitik			
Saisoniers	-73	-6	-31
Grenzgänger	-32	-2	-9
Jahresaufenthalter	-118	-8	
Niedergelassene	+23	+33	
Jahresaufenthalter und Niedergelassene	-95	+25	+70

Quellen: Erwerbstätigenstatistik BFS, ZAR, Bevölkerungsstatistik BFS, KOF(1993).

A. 1977 nahm die Beschäftigung wieder leicht zu.

B. Wo zwei Zahlen aufgeführt sind, bezieht sich die erste auf die Erwerbstätigenstatistik, die zweite auf den Beschäftigungsindex.

C. 1982 nahm die Beschäftigung noch leicht zu.

D. Annahme: Konstante Erwerbsquote, bei den neu einreisenden Jahresaufenthaltern wird zusätzlich dazu eine konstante Altersstruktur unterstellt.

sigkeit ist in dieser Wirtschaftslage überraschend, sondern eher die Tatsache, dass die Schweiz in früheren Rezessionen von hoher Arbeitslosigkeit verschont geblieben ist.

Die Gründe für die tiefe Arbeitslosigkeit in den 70er Jahren werden in Kolonne 1 der Tabelle ersichtlich. Der Beschäftigungsrückgang fiel damals mit 234'000 abgebauten Arbeitsplätzen deutlicher aus als in der aktuellen Rezession, hingegen nahm damals, obwohl geburtenstärkere Jahrgänge ins Erwerbsleben drängten als heute, die Zahl der Personen ab, welche erwerbstätig sein wollten. Der Grund für diese Abnahme des "Arbeitsangebots" ist bekannt: Wie die Tabelle zeigt, mussten in der damaligen Krise 105'000 Saisoniers und Grenzgänger die Schweiz verlassen, und die Beschäftigung von Jahresaufenthaltern nahm um 118'000 Personen ab. Ein grosser Teil von ihnen verliess mit den Familien die Schweiz.

Trotzdem war das Arbeitsmarktungleichgewicht, der Überschuss an Personen, welche arbeiten wollten, aber keine Stelle fanden, in der damaligen Rezession mit 112'000 Personen enorm. Die Tatsache, dass die registrierte Arbeitslosigkeit nur um 12'000 Personen zunahm, hing mit dem

damaligen mangelnden Ausbau der Arbeitslosenversicherung zusammen: nur etwa 30% der Erwerbstätigen waren versichert.

Leider lässt sich die Entwicklung zu Beginn der 80er Jahre aufgrund grosser statistischer Probleme bei der Erfassung der Arbeitsmarktentwicklung nicht mit der gleichen Methode beschreiben. Stützt man sich für die Beschäftigungsentwicklung auf den Beschäftigungsindex, ergibt sich ein Arbeitsplatzabbau von 108'000 Stellen, mit der 1987 korrigierten Erwerbstätigenstatistik erhalten wir eine Zunahme der Erwerbstätigkeit um 48'000 Personen.

Hingegen liefert uns die Fortschreibung der Arbeitsmarktbilanz in die Zukunft wertvolle Hinweise auf die Schwierigkeiten, die sich beim Abbau der Arbeitslosigkeit noch ergeben können. Wir unterstellen weiterhin Produktivitätsfortschritte in der Höhe von 1.6% pro Beschäftigten und Jahr und nehmen weiter an, dass die Einwanderung wegen der Schwierigkeit, in der Schweiz eine Arbeitsstelle zu finden, weiter abnimmt und deshalb die Zahl der Personen, die eine Erwerbstätigkeit suchen, jährlich nur noch um rund 10-15'000 Personen zunimmt. Das Wirtschaftswachstum muss unter diesen Umständen auf 3% pro Jahr zunehmen, damit die Beschäftigung so stark ansteigt, dass die Arbeitslosigkeit um jährlich rund 30'000 Personen abnehmen kann.

Konjunkturelle oder strukturelle Arbeitslosigkeit - eine Definitionsfrage

Die Begriffe "konjunkturell" und "strukturell" werden sehr unterschiedlich und teilweise missverständlich verwendet. Deshalb lohnt es sich, sie genauer zu definieren. Einen zentralen Stellenwert hat unter Ökonomen das Begriffspaar keynesianisch/klassisch, das eng mit der Diskussion um die Wirksamkeit einer nachfragegestützten Wirtschaftspolitik zur Verminderung der Arbeitslosigkeit verbunden ist. Die Begriffe konjunkturell/strukturell werden wir lediglich für den Aspekt der Fristigkeit verwenden: konjunkturell im Sinne von kurzfristig und vorübergehend, strukturell für anhaltend und längerfristig.

Die keynesianische Arbeitslosigkeit ist auf eine Nachfrageschwäche im Wirtschaftskreislauf zurückzuführen, die insbesondere durch eine zu geringe Investitionstätigkeit entsteht. Die hochentwickelten kapitalistischen Marktwirtschaften haben sich in der Wirtschaftsentwicklung als sehr störungsanfällig erwiesen. Insbesondere wechseln sich immer wieder Phasen ab, die durch eine im Vergleich zu den Produktionsmöglichkeiten zu grosse oder zu kleine Nachfrage nach Gütern und Diensten charakterisiert sind. Wenn die Nachfrage hinter den Produktionsmöglichkeiten zurückbleibt, wird von konjunkturellen Schwächeperioden, und bei dadurch rückläufiger Produktion von *Rezessionen* gesprochen. In solchen Phasen entsteht die *keynesianische Arbeitslosigkeit*. Wirtschaftspolitisch von Belang ist, dass diese Arbeitslosigkeit nicht durch allgemeine Lohnsenkungen beseitigt werden kann, da sie die Kaufkraft der Lohnbezüger verringern, und die

Kostensenkungen nicht zu zusätzlichen Investitionen führen, da die Kapazitäten der Unternehmungen zu wenig ausgelastet sind. Allerdings ist diese Aussage für Länder mit einem hohen Aussenhandelsanteil zu relativieren. Hier kann versucht werden, durch Kostensenkungen Marktanteile auf Kosten der Konkurrenten zu gewinnen und auf diese Art die Arbeitslosigkeit zu exportieren. Es ist aber auf die Gefahr hinzuweisen, dass eine solche Politik auf Kosten der Nachbarn schädliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaftslage haben kann, wenn sie gleichzeitig von allen Ländern verfolgt wird. In einer "keynesianischen Situation" kann hingegen eine expansive staatliche Nachfragestützung den rezessiven Kreislauf von kleinerem Einkommen, verminderter Nachfrage und rückläufiger Beschäftigung stoppen, wobei auch hier wieder auf die Aussenhandelsverflechtung Rücksicht zu nehmen ist.

Die *klassische Arbeitslosigkeit* ist dagegen Ausdruck von zu hohen Löhnen oder fehlender Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Sie kann beispielsweise nach Phasen starker Lohnsteigerungen auftreten. Die wirtschaftliche Existenzberechtigung ganzer Wirtschaftszweige oder die Qualifikationen grosser Berufsgruppen können aber auch durch die technologische Entwicklung, Wechselkursverschiebungen oder das Aufkommen neuer Konkurrenten auf den Weltmärkten in Frage gestellt werden. Ist die Arbeitslosigkeit auf solche "klassische" Ursachen zurückzuführen, kann eine expansive staatliche Nachfragestützung bestenfalls den Niedergang dieser Teile der Wirtschaft bremsen, ihn aber nicht aufhalten. Die Unternehmen werden den Kapazitätsabbau verlangsamen, aber keineswegs neue Investitionen tätigen. Typische Beispiele für eine solche Politik waren beispielsweise die Aufträge des Eidgenössischen Militärdepartements an die Textilindustrie in den 70er Jahren und die Bestellung der Saurer-Lastwagen zu Beginn der 80er Jahre. Wegen der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft ist in solchen Situationen die Gefahr besonders gross, dass die Nachfrageeffekte ins Ausland abfliessen. Hingegen können bei "klassischer" Arbeitslosigkeit Lohnsenkungen dazu beitragen, die Rentabilität der Investitionen in neue Arbeitsplätze wieder herzustellen.

In der Rezession ist es nicht einfach, zwischen den einzelnen Ursachen für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu unterscheiden. Erstens gibt es immer gewisse Branchen, die mit strukturellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und gewisse Berufe, die aus irgendwelchen Gründen, meist durch die technologische Entwicklung bedingt, nicht mehr so stark benötigt werden wie zuvor. Zweitens sieht es aus einzelwirtschaftlicher Sicht auch in der keynesianischen Situation so aus, als ob die Unternehmen mit "klassischen" Problemen zu kämpfen haben, da es für den einzelnen immer möglich ist, durch Kostensenkungen Marktanteile zu gewinnen. Was für ein einzelnes Unternehmen gilt, hat im keynesianischen Fall für die gesamte Volkswirtschaft keine Gültigkeit. Senken alle Unternehmen gleichzeitig die Löhne, dann resultiert daraus ein gesamtwirtschaftlich tieferer Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten, sofern nicht gleichzeitig mit den Löhnen auch die Preise gesenkt werden (4). Umgekehrt ist auch in der klassischen Situation

ein Mangel an Nachfrage vorhanden, weil - aus anderen Gründen als im keynesianischen Fall - nicht investiert wird. Wie können die Problemlagen genauer unterschieden werden?

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ist die Ertragslage der Unternehmen ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal. Würden die Unternehmungen auch bei einer zusätzlichen Nachfrage keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, weil solche beim gegebenen Preisgefüge nicht rentabel sind, handelt es sich um eine klassische Arbeitslosigkeit. Wäre hingegen die Ertragslage bei normaler Kapazitätsauslastung gut genug, damit wieder investiert würde, ist von keynesianischer Arbeitslosigkeit zu sprechen. Zur Beantwortung der Frage nach dem Charakter der Arbeitslosigkeit muss deshalb von der aktuellen Nachfrageschwäche abstrahiert werden. Sind die Investitionen beim existierenden Preisgefüge (Verhältnis zwischen Absatzpreis und Kosten) rentabel und könnte bei normaler Konjunkturlage mit diesen Preisen eine genügend grosse Menge der Produktion abgesetzt werden, damit eine vernünftige Kapazitätsauslastung resultiert, handelt es sich um eine keynesianische Situation. Anderfalls haben wir es mit klassischen Situationen zu tun. Letztlich geht es also um die Frage, *weshalb nicht investiert wird*. Ist der Grund in zyklischen Schwankungen der Nachfrage zu suchen, oder ist die Rentabilität der Investitionen wegen Preis- und Lohnänderungen gesunken? Der Charakter der Arbeitslosigkeit kann sich übrigens im Verlauf der Rezessionen wegen der Interdependenzen zwischen der Lohn-, Preis- und Absatzbewegung verändern. Im allgemeinen können wir aber davon ausgehen, dass eine klassische Situation sich in Richtung auf die keynesianische Arbeitslosigkeit entwickelt, da sich die Einkommensverteilung im Verlauf der Rezession zuungunsten der Lohnempfänger verändert.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass nach dieser Definition auch dann von klassischer Arbeitslosigkeit zu sprechen ist, wenn die Unternehmen bei normaler Konjunkturlage zwar zusätzliches Personal einstellen würden, aber viele Arbeitslose wegen ihrer Berufsqualifikation nicht angestellt werden.

Wichtig in der aktuellen Lage ist der Hinweis, dass die in einer keynesianischen Situation entstandene Arbeitslosigkeit länger Bestand hat als die sie verursachenden wirtschaftlichen Faktoren. Arbeitslose, die in einer Rezession entlassen worden sind, verlieren bei langer Dauer der Erwerbslosigkeit einen Teil ihrer Berufserfahrung und werden entmutigt. Ihre Reintegration kann zudem durch die Diskriminierung seitens der Arbeitgeber erschwert werden. In diesem Fall wird aus der keynesianischen Arbeitslosigkeit eine strukturelle, wobei sie wegen der Dequalifizierung auch zunehmend als klassische Arbeitslosigkeit zu bezeichnen wäre.

In welcher Beziehung stehen die beiden Begriffe klassisch/keynesianisch zu den Begriffen konjunkturell/kurzfristig und strukturell/langfristig? In der Regel wird die konjunkturelle der keynesianischen und die klassische der strukturellen Arbeitslosigkeit gleichgesetzt. Hinter dieser Zuordnung steht die Überlegung, dass klassische Probleme schwieriger zu beseitigen sind, während die keynesianischen Probleme ohnehin nur kurze Zeit Bestand

haben. Diese Annahme ist nur beschränkt richtig. Erstens ist es denkbar, dass die Nachfrage nicht nur vorübergehend, sondern auch für längere Zeit hinter den Produktionsmöglichkeiten zurückbleibt. Wir haben es in diesem Fall mit einer "strukturellen Nachfrageschwäche" zu tun. Diese Ansicht wird in der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion offenbar von vielen geteilt. Vertreter einer solchen Hypothese müssen dann aber erklären, weshalb die Nachfrage längerfristig hinter den Produktionsmöglichkeiten zurückbleiben sollte. Diese Annahme eines strukturellen Nachfragemangels wurde in Rezessionsphasen immer wieder vorgebracht, sie wurde aber durch die Realität ebenso regelmässig widerlegt. Allerdings kann eine Wirtschaftspolitik, die lediglich darauf abzielt, dass ein Land auf Kosten der Konkurrenten einen grösseren Teil einer stagnierenden Nachfrage für sich ergattert, die Rezession verlängern (5). Es kann in solchen Fällen nicht der technische Fortschritt für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden. Abgesehen davon, dass empirische Belege für eine deutliche Beschleunigung des technischen Fortschritts bisher fehlen und dass eine anhaltende Stagnationsphase und die damit verbundene Investitionszurückhaltung wieder zu einem geringeren Produktivitätszuwachs führen wird, wäre ein schnellerer Produktivitätsanstieg, wenn er nicht mit einer gesundheitsschädigenden Zunahme der Arbeitsintensität verbunden ist, zu begrüssen, da die wachsenden Produktionsmöglichkeiten entweder ein Mehr an Wohlstand, an Umweltschutz oder an frei verfügbarer Zeit ermöglichen. Das zentrale Problem ist deshalb nicht der technische Fortschritt, sondern dass die Nachfrage nicht mit den Produktionsmöglichkeiten wächst. Die Ursache für die Arbeitslosigkeit ist daher nicht im technischen Fortschritt, sondern in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu suchen, welche für längere Zeit verhindern könnten, dass die Nachfrage mit den Produktionsmöglichkeiten wächst.

Ist die Rezession auf einen Nachfragemangel zurückzuführen, so kann eine expansive staatliche Nachfragestützung den rezessiven Teufelskreis von kleinerem Einkommen, verminderter Nachfrage und rückläufiger Beschäftigung stoppen, währenddem diese Politik im "klassischen Fall" wirkungslos bleibt. In der Praxis sind die auf dieser Unterscheidung beruhenden Politikempfehlungen besonders in Ländern mit einem hohen Aussenhandelsanteil umstritten, da bei einer weltweiten, nachfragebedingten Konjunkturschwäche die Wirtschaftspolitik in einer kleinen Volkswirtschaft die Nachfragelücke durch eine Fiskalpolitik nicht ausfüllen kann. Zudem wird der staatliche Beitrag in vielen Fällen Unternehmen im Ausland statt im Inland zugute kommen. Umgekehrt kann ein kleines Land durch eine Lohnsenkungspolitik (eine Abwertungspolitik hat den gleichen Effekt) versuchen, Marktanteile auf Kosten der Konkurrenten zu gewinnen. Eine solche Politik können sich jedoch nur kleine Länder leisten, da der deflationistische Effekt die Krise vertiefen würde, wenn sie von grossen Volkswirtschaften betrieben würde.

In den 70er Jahren, als den nachfrageorientierten "keynesianischen" Politikempfehlungen kein Erfolg mehr beschieden war, weil angebotsseiti-

ge Probleme (starke Zunahme der Lohnstückkosten, Ölpreissteigerungen, notwendige Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung infolge von dramatischen Wechselkursverschiebungen) die Wirtschaftsentwicklung hemmten, wurde von einigen Ökonomen der Versuch unternommen, Modelle zu entwickeln, welche es erlaubten, zwischen den keynesianischen und klassischen Situationen zu unterscheiden (6). Die Resultate zeigen, dass in Europa - im Gegensatz zu den USA, wo "klassische" Probleme auch in den 70er Jahren nicht den gleichen Stellenwert hatten wie in Europa - sich die Problemlage eindeutig in Richtung der "keynesianischen" Ungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten verschoben hat (7). Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der in den 80er Jahren vollzogen deutlichen Umverteilung der Einkommen zugunsten des Unternehmersektors und der gefallen Rohstoffpreise nicht weiter erstaunlich.

In der Schweiz hat in den 80er Jahren ebenfalls tendenziell eine Umverteilung zuungunsten der Lohneinkommen stattgefunden. Während die Stundenproduktivität 1980-90 durchschnittlich um 1.6% zugenommen hat, erhöhten sich die Reallöhne gemäss Oktoberloohnerhebung jährlich nur um 1%. Da die Produktivitätsangaben noch vor der Verfügbarkeit der Volkszählungsergebnisse ermittelt wurden und die Oktoberloohnerhebung das Lohnwachstum wegen der unterstellten konstanten Struktur der Beschäftigung unterschätzte, sind diese Resultate mit Vorsicht zu betrachten. Dass die Lohnhöhe aber die Beschäftigungsentwicklung nicht behindert hat, zeigt sich an der bereits erwähnten rasanten Beschäftigungszunahme 1985 bis 1991.

Gründe für die gegenwärtige Rezession

Bei dieser Rezession handelt es sich um eine "normale Rezession", die auf zyklische Schwankungen der Investitionstätigkeit und der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern zurückzuführen ist. Die hohe Investitionstätigkeit im vergangenen Aufschwung, der damit verbundene Aufbau von Überkapazitäten in der Hochkonjunktur sowie der zunehmende Kostendruck und die inflationären Tendenzen gegen Ende des Aufschwungs gehörten ebenso zu den üblichen Merkmalen der regelmässigen Konjunkturzyklen wie die Investitionsflaute in der folgenden Rezession und die Folgewirkungen auf die Beschäftigung und die Konsumtätigkeit. Es sind aber vor allem zwei Gründe, welche zur ausserordentlichen Länge dieser Rezession beigetragen haben.

Verschärft und verlängert wurde diese Rezession durch den aus den Fugen geratenen *Immobilienmarkt*. Die spekulativen Preissteigerungen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre haben wesentlich zur Verstärkung der Baukrise beigetragen, weil die Investitionstätigkeit nun unter rückläufigen Boden- und Immobilienpreisen leiden musste. Die Bereitschaft der Investoren, Grundstücke oder Liegenschaften zu erwerben, bleibt solange gering, als die Hoffnung besteht, dass die Preise weiter sinken. Deshalb ist eine Erholung der Bautätigkeit erst möglich, wenn sich die Preise wieder stabi-

lisiert haben. Dieser Zeitpunkt scheint mittlerweile eingetreten zu sein.

Die Dauer der Rezession lässt sich schliesslich durch die ungewöhnlich *lange Periode restriktiver Geldpolitik* erklären. In den beiden früheren Rezessionen wurde die Geldpolitik im ersten Quartal nach Beginn der Rezession gelockert (Aufhebung der inversen Zinsstruktur). Diesmal war der geldpolitische Spielraum der Nationalbank relativ gering, wollte sie nicht die Gefahr einer Destabilisierung des Frankens eingehen. Bis zum Sommer 1992, solange das Vertrauen in das europäische Wechselkurssystem gross war, und die Inflation in der Schweiz hoch blieb, hätte jede isolierte Lockerung der Geldpolitik in der Schweiz einen spekulativen Abwertungsdruck auf den Schweizer Franken ausgelöst. Deshalb orientierte sich die Nationalbank an der deutschen Geldpolitik, die ihren Kurs 1991 und 1992 ohne Rücksicht auf die internationale Konjunktur weiter verschärfte. Erst mit den Turbulenzen im Europäischen Währungsverbund und mit dem Ausscheren Italiens und Englands aus dem Fixkurssystem hat sich der Spielraum der schweizerischen Nationalbank vergrössert. Das wiedergewonnene Vertrauen der internationalen Finanzmärkte in den Schweizer Franken erlaubte es ihr, die Zinsen weit stärker zu senken als in den Nachbarländern.

Weshalb kein neuer Keynesianismus?

Die vorliegende Einschätzung der wirtschaftlichen Konstellation könnte die Grundlage für eine neue Popularität keynesianischer Konzepte abgeben; sei dies durch eine Wiederauflage des "alten" Keynesianismus in Form der staatlichen Stabilisierungspolitik oder in neuer Form. Dazu ist es (bisher) nicht gekommen. Elemente einer Nachfragepolitik fanden zwar - in Japan und versuchsweise in den USA - Eingang in die Politik. In Europa beherrschen aber noch immer die angebotsorientierten Modelle die Diskussion. Werden diese in der gegenwärtigen Phase der Stagnation oder Rezession ohne Rücksicht auf ihre Nachfragewirkungen durchgesetzt, so tragen diese nichts dazu bei, die aktuelle Arbeitslosigkeit zu verringern. Im Gegenteil, sie können dazu beitragen, dass die künftigen "strukturellen Probleme" noch grösser werden. Jedem "konjunkturell" bedingten Arbeitslosen droht eine Umwandlung in einen "strukturellen". Während sich die Beschäftigten weiter qualifizieren, besteht in der Arbeitslosigkeit trotz Weiterbildung die Gefahr der beruflichen Dequalifizierung. Dies ist dann der Fall, wenn die angebotsbedingten Verbesserungen und die dadurch gestiegenen Gewinne und Gewinnerwartungen sich nicht in eine zusätzliche Investitionstätigkeit umsetzen, weil die Absatzerwartungen der Unternehmungen gleichzeitig nicht oder nur wenig steigen. Wie sich die Gewinnverbesserungen in eine Mehrbeschäftigung umsetzen, hängt von der Nachfragereaktion auf die Umverteilung ab (vgl. Marglin).

Es gibt zwar theoretisch auch den Weg, den Auslastungsgrad in einer Ökonomie und damit die Beschäftigung über eine Umverteilung hin zu den Gewinneinkommen mittelfristig wieder anzuheben. Es ist aber damit zu

rechnen, dass die dazu notwendige Umverteilung erheblich sein müsste, das heisst, dass Reallohnsenkungen in hohem Ausmass zu erfolgen hätten und dass diese Strategie weder kostengünstig wäre, noch sozial wünschbare Auswirkungen hätte. Es kann deshalb nicht unbesehen davon ausgegangen werden, dass wirtschaftspolitische Massnahmen, welche die Unternehmensgewinne verbessern, wenn konjunkturell nicht wünschbar so doch wenigstens harmlos sind. Es ist deshalb eine *Politik der Nachfragestabilisierung - auf europäischem Niveau - anzustreben*. Diese ist sowohl bei der Fiskalpolitik (Entgegennahme der Haushaltsdefizite) wie auch bei der Geldpolitik (expansiver Kurs) als auch bei der Arbeitsmarktpolitik (Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme) gefordert.

Anmerkungen

- 1) In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie es auf den Kapitalmärkten zu diesen doch einigermaßen dauerhaften Übererwartungen kommen konnte, sind auch diese Märkte - so die in den letzten zehn Jahren erprobte Sichtweise - durch rationale Teilnehmer geprägt. Darüber fand bis jetzt keine Auseinandersetzung statt.
- 2) Vgl. OECD, Economic Outlook December 1992
- 3) Im Jahresdurchschnitt dürften die Löhne 1993 mit schätzungsweise 2.5% etwas weniger steigen als die Teuerung (voraussichtliche Teuerung 1993: 2.9%). Unter Berücksichtigung der Erhöhung der Beiträge an die Arbeitslosenversicherung um 0.8% ergibt dies einen Kaufkraftrückgang von 1.2%.
- 4) Sind die Preise aber im gleichen Umfang gefallen wie die Löhne, dann hat sich an der Kostensituation der Unternehmung nichts geändert. Lediglich das Preisniveau wurde gesenkt. Bekanntlich sind solche Deflationsprozesse nie ohne schmerzhaftes Verteilungskämpfe möglich.
- 5) Eine Wirtschaftspolitik, die nur darauf ausgerichtet ist, auf Kosten der Konkurrenzländer Marktanteile zu gewinnen, "Verkrustungen" am Arbeitsmarkt zu finden und zu beseitigen, die Staatsquote zu senken, die Geldpolitik möglichst lange restriktiv zu halten und damit die Nachfrage zu dämpfen etc., *verlängert die Rezession*. Gerade weil die Kostenfolgen von Lohn- und Steuererhöhungen von den einzelnen Unternehmen sofort wahrgenommen werden, die Nachfrageeffekte aber erst später und allenfalls erst noch beim Konkurrenten erfolgen, braucht es gesellschaftliche Arrangements, um sicherzustellen, dass die Nachfrage mit den Produktionsmöglichkeiten zunimmt.
- 6) s. Malinvaud (1977), und beispielsweise für neuere Modelle dieser Denkschule: Drèze, Bean (1991) und für die Schweiz Stalder (1989).
- 7) Die Modelle zeigen zwar die zunehmende Bedeutung der keynesianischen Arbeitslosigkeit in Europa, dennoch werden die Möglichkeiten einer expansiven Fiskalpolitik zurückhaltend kommentiert. Das hängt u.a. damit zusammen, dass die Modelle den nationalen Rahmen bisher nie sprengen, wesshalb ein Teil der Nachfrage ins Ausland abfliesst. Zudem ist wegen der nationalen Betrachtungsweise das Wachstum der Weltwirtschaft "exogen"; deshalb kann die Lohnmässigung trotz "keynesianischer" Problemlage eine positive Wirkung auf die Beschäftigung haben, da Marktanteile gewonnen werden. Für einige Länder weisen die Modelle zudem nach, dass das Wachstum wegen der speziellen Form der Lohn-Preis-Dynamik in diesen Ländern inflationär wird, bevor alle Arbeitslosen wieder ins Erwerbsleben integriert werden können; s. Drèze/Bean (1991). Empirische Studien zeigen jedoch, dass die entsprechenden Voraussetzungen in der Lohnbildung für die Schweiz nicht gegeben sind (Gaillard 1992).

Literatur

- Drèze, J.H. Bean C.R., 1991: Europe's Unemployment Problem, Cambridge, Mass.
Gaillard, S., 1992: Lohn- und Preisdynamik, KOF/ETH-Arbeitspapier Nr. 43.
KOF/ETH, 1993: Konjunktur, Halbjahresbericht zur schweizerischen Wirtschaftslage, Zürich
Malinvaud, E., 1977: The Theory of Unemployment Reconsidered, Oxford.
Marglin, S.A. / Schor, J.B., 1990: The golden Age of Capitalism, Oxford.
OECD, 1992: Economic Outlook, Dezember 1992 / (Datengrundlage).
Romer, D., 1993: The New Keynesian Synthesis, Journal of Economic Perspectives Vol 7.
Stalder, P., 1989: Construction of a Macroeconomic Disequilibrium Model for Switzerland with Continuous Regime Transitions and Endogenous Investment. European Economic Review 33; S. 863 ff.

Kalter Kaffee
ISSIEH ZNÄG
zu jung, zu schwanger, zu alt
Warum Frauen immer das Nachsehen haben lesen Sie
im KALTEN KAFFE Nr. 3
jetzt neu an den Kiosken der Stadt Zürich

ZAK!

**Zürcher
Arbeitslosenkomitee
Postfach 744
8026 Zürich**
PC-Konto : 80 - 28201 - 9
Greifen Sie in Ihr Portemonnaie, nehmen Sie 2 oder 4 Franken heraus, und senden Sie uns den Rest!